

Ä19 Für ein sicheres, gerechtes und demokratisches Berlin – unsere Vorschläge für das Wahlprogramm 2026

Antragsteller*in: Jan Snoor Andersen & Adrian Ide

Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 99 bis 100:

~~KI-gestützte Entscheidungsverfahren müssen transparent und diskriminierungsfrei sein, insbesondere in Behörden und Unternehmen.~~

Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, insbesondere Behörden, müssen offenlegen, wann und wie KI-gestützte Entscheidungsverfahren eingesetzt werden. Sie müssen nachweisen, dass ihre Algorithmen diskriminierungsfrei und DSGVO-konform sind. Sie müssen ferner sicherstellen, dass KI-Arbeitsschritte eine menschliche Kontrolle durchlaufen. Betroffene sind über den Einsatz zu informieren, müssen Widerspruchsmöglichkeiten haben und bei Rechtsverletzungen entschädigt werden. Ein öffentlich einsehbares KI-Register kann Transparenz schaffen und die Kontrolle durch Zivilgesellschaft und Wissenschaft ermöglichen.

Begründung

Etwas präziser als im Ursprungstext, gleichzeitig auch eine schärfere Version.

Stand jetzt gibt es viele Fälle, bei denen KI-gestützte Entscheidungsverfahren fehleranfällig waren bzw. bestimmte Personengruppen diskriminiert haben. Trotz möglicher Effizienzgewinne in der Antragsbearbeitung muss deshalb vorsichtig mit diesem Instrument umgegangen werden und den Betroffenen bestimmte Rechte zugestanden werden.

<https://algorithmwatch.org/de/algorithmische-verwaltung-erklaert/>